

**Arbeitsprogramm für den AStA
in der Amtszeit 2012/2013**

Liebe Mitglieder des Studentischen Rats,
liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen,

dies ist das Arbeitsprogramm des Bewerber_innen-Kollektivs¹ für den AStA in der Legislatur 2012/2013.

Das Bewerbungs-Kollektiv sind Britta, Kai, Patrick, Matthias, Bastian und Julia. Wir bewerben uns gemeinsam auf die Referate Finanzen, Kasse, Politische Bildung und Bündnisarbeit, Soziales, Fachschaften und Hochschulpolitik sowie Presse und Öffentlichkeit.

Mitte Januar 2012 haben wir uns in der „Findungsphase“ (organisiert vom AStA-Kollektiv 2011/2012) kennengelernt und gemeinsam mit anderen Interessierten lange Diskussionen über hochschul- und gesellschaftspolitische Themen geführt. Durch die Diskussionen haben wir einen gemeinsamen Nenner und uns als Kollektiv gefunden.

Wir haben uns bewusst für eine gemeinsame Bewerbung als Kollektiv entschieden, da wir in unserer Legislatur einen großen Schwerpunkt unserer Arbeit auf das Gemeinsame legen wollen und uns nicht als Individualist_innen verstehen, die nebeneinander her arbeiten.

Wir verstehen uns als hierarchiefreies, basisdemokratisches, fachschaftsnahe, parteiunabhängiges Kollektiv, das einen emanzipatorischen Anspruch an sich selbst hat.

Wir verstehen uns als politisches Kollektiv und lehnen Diskriminierungen, Rassismus, Nationalismus, Sexismus und Antisemitismus ab.

Wir möchten dazu beitragen, dass sich Studierende als Teil der Universität begreifen, die sie aktiv ändern und beeinflussen können. Die Räumlichkeiten des AStAs verstehen wir nicht als Räumlichkeiten der Referent_innen, sondern als Raum für alle. Auf den kommenden Seiten findet ihr unsere Bewerbung und damit unser Arbeitsprogramm für das kommende Jahr. Wir freuen uns immer über Anregungen und Kritik.

Viel Spaß beim Lesen

wünschen Euch Bastian, Kai, Britta, Julia, Patrick und Matthias

¹ Wir verwenden den Gender-Gap (z.B. Bewerber_innen), um damit auch in der gedruckten Sprache allen Menschen Raum zu geben. Dadurch versuchen wir in die sprachliche Darstellung alle sozialen Geschlechter und Geschlechtsidentitäten, auch jenseits von hegemonialer gesellschaftlicher Zweigeschlechtlichkeit, einzubeziehen. Neben Frauen und Männern schließen wir mit dem Unterstrich explizit auch jene ein, die sich nicht einem dieser beiden Geschlechter zuordnen, beziehungsweise zuordnen lassen möchten, wie Intersexuelle, Transgender oder Transsexuelle.

Inhaltsverzeichnis

01. Selbstverständnis und Struktur des AStAs.....	4
02. Universität als Lebensraum.....	6
Mitbestimmung stärken.....	6
Freiräume schützen und erweitern.....	7
Zentralisierung entgegenwirken.....	8
Überwachung abschaffen.....	8
03. Soziale Ungleichheit.....	9
Menschen mit körperlichen Einschränkungen.....	10
Rassismus und ausländische Studierende.....	10
Geschlecht.....	11
Studiengebühren.....	12
04. Studiengebühren.....	13
Was machen Studiengebühren mit uns?.....	13
Welche Funktion haben Studiengebühren?.....	13
Warum gegen Studiengebühren?.....	14
Wie soll die Praxis aussehen?.....	15
05. Sachbearbeiter_innen-Stellen.....	16
06. Bewerbung für das Referat Finanzen.....	17
07. Bewerbung für das Referat Kasse.....	19
08. Bewerbung für das Referat Politische Bildung und Bündnisarbeit	20
09. Bewerbung für das Referat Soziales.....	23
10. Bewerbung für das Referat Fachschaften und Hochschulpolitik.....	25
11. Bewerbung für das Referat Presse und Öffentlichkeit	27

01. Selbstverständnis und Struktur des AStAs

Wir begreifen den AStA als eine Struktur, die die Partizipation von Studierenden in Entscheidungsprozessen unterstützt und gegebenenfalls darstellt. Die Aufgabe, diese Struktur personell und inhaltlich zu füllen, möchten wir gerne gemeinsam als Kollektiv übernehmen.

Wir sehen den AStA und damit die Studierenden als Teil der Gesellschaft und erleben diese mit allen ihren Facetten und Problemen. Im AStA ist man nicht nur mit den klassischen Studierendenproblemen wie Prüfungsordnungen beschäftigt, sondern erlebt auch hautnah die finanziellen Probleme, die soziale Ausgrenzung oder die Abschiebepaxis in Niedersachsen, von der viele ausländische Studierende an der LUH betroffen sind.

Wir wünschen uns eine Gesellschaft, die frei ist von Hierarchien eines autoritäreren, zentralistischen oder chauvinistischen Charakters und setzen uns für ein befreites, demokratisches und solidarisches Miteinander ein.

Wir stehen Hierarchien kritisch gegenüber und wissen, dass wir uns durch die Wahl in den AStA selber in einer hierarchischen Struktur im hochschulpolitischen Zusammenhang befinden.

Die Menschen, die für eine Legislatur in den AStA gewählt werden, sind meist diejenigen, die bei Problemen angesprochen werden, Kritik äußern und Studierende bei Problemen und Aktionen unterstützen. Um den dadurch entstehenden Wissenshierarchien entgegenzuwirken, verstehen wir uns als ein basisdemokratisches Kollektiv, das den Anspruch hat Kontroversen auszudiskutieren und nicht in einen machtorientierten Wettbewerb einzutreten. Wir werden in unserer Arbeit einen Schwerpunkt darauf setzen, den AStA allen Studierenden und ihren Fachschaften näher zu bringen. Hier ist besonders wichtig, Vorurteile gegenüber ausländischen Studierenden, bestimmten Studiengängen, dem AStA etc. abzubauen, die leider bei vielen Studierenden noch vorherrschen.

Für unsere interne Arbeitsweise ist es wichtig, dass wir uns als Kollektiv begreifen. Wir wollen Hierarchien in der Gruppe vermeiden. Kollektiv bedeutet für uns, dass wir mehr sind als sechs Einzelpersonen, die sich zufällig alle für den AStA bewerben wollen. Wir haben ähnliche Ziele und Wünsche und werden gleichberechtigt Entscheidungen treffen und handeln. Im Kollektiv sehen wir unsere Chance, gemeinsam für die Verfasste

Studierendenschaft da zu sein. Durch das Kollektiv können wir unsere individuellen Stärken betonen und gleichzeitig allen Freizeit oder eine kurze Auszeit (freie Tage) vom AStA ermöglichen.

Seit drei Monaten beschäftigen wir uns mit einer möglichen Arbeitsweise, Ideen für unsere mögliche Legislatur und mit unserer Gruppenstruktur.

Gemeinsame Projekte stehen bei uns im Vordergrund. Wir haben uns in den drei Monaten viele Gedanken dazu gemacht und werden unsere Projektideen auf den kommenden Seiten ausführlicher darstellen. Die Referatsaufteilung verstehen wir hierbei als Schwerpunktsetzung, um Zuständigkeiten für bestimmte Bereiche im Vorfeld geklärt zu haben. Deshalb finden wir es wünschenswert, Input zu unseren Referaten von anderen Reffis oder Nicht-AStA-Mitgliedern zu bekommen.

Wir fühlen uns verantwortlich für den AStA und die dort anfallenden Aufgaben, unabhängig davon ob sie zu unseren fest definierten Referatsaufgaben gehören oder nicht.

Wir werden alle Entscheidungen im Konsens treffen. Dies gibt uns die Möglichkeit Kontroversen auszudiskutieren und Argumente in Ruhe auszutauschen, anders als bei einer Mehrheitsentscheidung. Zudem ist es uns wichtig, dass wir nahen Kontakt zu den Fachschaften halten. Das geht unserer Meinung nach am besten über direkte Kontakte, weshalb sich in unserem Kollektiv auch einige Leute wiederfinden, die zuvor Fachschaftsarbeit geleistet haben.

Um ein breiteres Angebot für die Studierenden bieten zu können, haben wir uns dazu entschlossen, die Öffnungszeiten des AStAs im Theodor-Lessing-Haus weiter auszubauen. Hierdurch soll noch mehr Studierenden die Möglichkeit gegeben werden bei Problem, Fragen oder Anregungen den Weg zu uns zu finden.

02. Universität als Lebensraum

Wichtig für uns als Kollektiv ist, das Bewusstsein für den Lebensraum Universität bei allen Studierenden zu stärken.

Die Universität stellt für die Studierenden meist über mehrere Jahre hinweg einen Ort dar, an dem sie tagtäglich viel Zeit verbringen, mit zahlreichen anderen Menschen in Kontakt kommen und der sicherlich einen gewissen Einfluss auf ihr weiteres Leben hat. Sie ist Teil der Gesellschaft, wird von ihr beeinflusst und wirkt gleichzeitig auch auf gesellschaftliche Prozesse ein.

Wir möchten bei den Studierenden die Lust dafür wecken, ihren eigenen Lebensraum aktiv mitzugestalten und sich für ihre eigenen Belange einzusetzen.

Mitbestimmung stärken

Wir möchten die studentische Mitbestimmung auf allen Ebenen stärken, sowie grundsätzlich das Interesse an hochschulpolitischem Engagement bei allen Studierenden vergrößern.

Zum einen wollen wir unter dem Arbeitstitel „HoPo-Basics“ mit einem breiten Ansatz hochschulpolitisches Grundlagenwissen vermitteln, zum anderen wollen wir vor den Uni-Wahlen Anfang 2013 den studentischen Kandidat_innen eine Gelegenheit geben, sich und ihr politisches Programm den Wahlberechtigten bei Veranstaltungen vorzustellen.

Bei „HoPo-Basics“ geht es uns darum, an der Basis der Studierendenschaft anzusetzen. Wir gehen davon aus, dass mangelndes Engagement durchaus in der Unkenntnis der vorhandenen Möglichkeiten begründet liegt. Dabei spielt es wohl auch eine Rolle, dass die Thematik selbst zunächst einmal unübersichtlich erscheinen kann. Studentische und akademische Selbstverwaltung auf Ebene von Fakultät und Universität sind anscheinend keine Selbstläufer, für die sich Studierende von selbst übermäßig interessieren.

Dabei besteht an der Universität wie in kaum einem anderen Bereich der Gesellschaft die Möglichkeit, so nah an Entscheidungen mitzuwirken, die einen selbst betreffen. Man sitzt mit den eigenen Vertreter_innen zusammen in Veranstaltungen und der Mensa, viele Gremien tagen hochschulöffentlich und gewähren auch Nicht-Mitgliedern üblicherweise das Rederecht. Sich z.B. auf einen Sitz im Studentischen Rat zu bewerben ist auch

Neueinsteiger_innen möglich, ohne dass dafür jahrelange Fachschafts- oder Parteiarbeit nötig wäre.

In einem ersten Schritt möchten wir den Studierenden zentrale Begriffe der Hochschulpolitik nahebringen. Dazu möchten wir eine Broschüre erstellen, die den bereits existierenden „How to HoPo“-Flyer inhaltlich wesentlich ergänzen soll.

Als zweiten Schritt der „HoPo-Basics“ planen wir eine Veranstaltungs- und Workshopreihe zu wichtigen hochschulpolitischen Aspekten. Diese Reihe soll sich an interessierte Studierende richten, die bislang noch gar nicht hochschulpolitisch aktiv waren. Zudem wollen wir auch Studierende in den Fachschaften ansprechen, die sich erst seit kurzem engagieren und denen noch ein Überblick fehlt.

Als zweites größeres Projekt planen wir die Organisation von Wahlinformationsveranstaltungen zu den Uni-Wahlen 2013.

Auf Ebene der gesamten Universität wollen wir zwei Veranstaltungen abhalten, zu der Wahl für den Studentischen Rat und zu der Wahl der studentischen Vertreter_innen im Senat.

Bei der Veranstaltung zu den Wahlen zum Studentischen Rat können sich alle aufgestellten Listen vorstellen und ihnen wichtige Punkte erläutern.

Im Rahmen einer zweiten Veranstaltung sollen die Spitzenkandidat_innen für die Wahl der studentischen Vertreter_innen im Senat die Möglichkeit erhalten, ihre Positionen in einer moderierten Podiumsdiskussion zu präsentieren und mit dem Publikum zu diskutieren.

Freiräume schützen und erweitern

Studierende bekommen Freiräume an der Universität nicht geschenkt. Konkrete Belege dafür finden sich in der jüngeren Vergangenheit zahlreich: Der Fachrat Politik soll zunächst auf einen eigenen Raum verzichten, und bekommt dann einen abseits des eigenen Instituts auf dem Conti-Campus zugewiesen. Für die Studierenden des Fachs Informatik wird mit viel Geld die InfoLOUNGE im Hauptgebäude der Universität hergerichtet, ein Nutzungskonzept nimmt sehr langsam Gestalt an. Für die studentisch verwalteten Räume für Maschinenbaustudierende am Standort Garbsen werden die eingeplanten Mittel halbiert.

Wir halten studentische Freiräume an der Universität für sehr wichtig. Sie sind essenziell dafür, dass sich Studierende organisieren können. In diesen Bereich fallen vor allem die Fachschaftsräume. Außerdem sorgen sie dafür, den Lebensraum Universität auch mit

Leben zu füllen. In diesen Bereich fallen dann selbstverwaltete Cafés und Veranstaltungsorte.

Wir möchten zusammen mit den Fachschaften und Gruppen an der Universität ein Bündnis schaffen, dass sich konsequent gegen den Abbau studentischer Freiräume einsetzt und gleichzeitig die Schaffung neuer Freiräume vorantreibt.

Zentralisierung entgegenwirken

Im vergangenen Wintersemester 2011/2012 ist das Präsidium der Universität vorerst mit dem Versuch einer so genannten Strukturreform gescheitert. Kern der angestrebten Reform war der Plan, die Strukturen der Universität weiter zu zentralisieren und auf eine stärkere Führung durch das Präsidium zuzuschneiden.

Auch wenn das Präsidium vorerst einen Rückzieher gemacht hat, sehen wir nicht, dass die Pläne damit endgültig vom Tisch sind.

Wir sind der Ansicht, dass Entscheidungen immer möglichst nah bei den Betroffenen gefällt werden sollten, und am besten sogar durch diese selbst.

Durch die jetzt zurückgezogenen Pläne zur Strukturreform wäre die studentische Mitbestimmung schon allein durch die Verringerung der Anzahl der Fakultäten eingeschränkt worden. Eine Erhöhung der Anzahl der studentischen Vertreter_innen in den Fakultätsräten stand nämlich nicht zur Debatte, und mit der Reduzierung der Anzahl der Fakultäten von neun auf fünf wären gleichsam die Sitze der studentischen Vertreter_innen uni-weit von 18 auf zehn verkleinert worden.

Wir werden in unserer Amtszeit das weitere Vorgehen des Präsidiums genau im Blick behalten. Sollten erneut Pläne vorangetriebenen werden, die mehr zentrale Entscheidungen und weniger studentische Mitbestimmung als Konsequenzen haben, wollen wir erneut zusammen mit den Fachschaften Widerstand dagegen organisieren.

Wir werden eine Einschränkung der studentischen Mitbestimmung durch Zentralisierung von Strukturen nicht hinnehmen!

Überwachung abschaffen

Die Verwaltung lässt insbesondere Studierende in den Räumlichkeiten der Universität ständig überwachen, sei es durch Videoüberwachung mit installierten Kameras oder durch die Anfertigung von Aufenthaltsprofilen durch den beauftragten Wachdienst.

Dabei erscheint gerade die Erstellung dieser Aufenthaltsprofile abends und am Wochenende im Hauptgebäude als rechtlich äußerst fragwürdig, da hierbei Daten wie Name, Matrikelnummer, Aufenthaltsort und Zeitpunkt der Kontrolle erfasst werden.

Schon bei der Installation der Videoüberwachung hat die Universitätsleitung datenschutzrechtliche Regelungen missachtet und die rechtlichen Mindeststandards erst auf Druck der Studierenden hin umgesetzt.

Unsere Kritik an Überwachung ist allerdings grundsätzlicher. Wir sind nicht damit zufrieden, wenn die Verwaltung der Universität es irgendwann gerade einmal schaffen sollte, die geltenden rechtlichen Bestimmungen einzuhalten.

Wer sich andauernd überwacht und beobachtet fühlt, verliert viel Unbefangenheit in der sozialen Interaktion mit anderen Menschen und bei der Wahrnehmung seiner_ihrer Rechte. Wer sieht mir gerade tatsächlich zu, wenn ich ein Buch lese, mit Kommiliton_innen spreche oder einen Aushang am Schwarzen Brett anbringe?

Die Überwachung macht alle Überwachten zu potentiellen Verdächtigen, sie entpersonalisiert die Beobachteten und zerstört Vertrauen.

Wir mögen uns auch nicht mit den häufig vorgebrachten Argumenten anfreunden, die eine Überwachung befürworten. Wenn z.B. Studentinnen vor Übergriffen geschützt werden sollen, dann setzt Videoüberwachung viel zu spät an. Im Zweifel finden diese Taten dann auf Grund räumlicher Verlagerungseffekte an anderen Orten statt, und das Filmen einer Tat macht diese auch nicht wieder ungeschehen oder weniger schlimm. Sinnvoller erscheint es uns daher, im Vorfeld tätig zu sein, um Täterwerden zu verhindern. Außerdem befürworten wir es konkret, geschützte Räume für Frauen einzurichten.

Wir werden uns im Rahmen unserer AStA-Arbeit kritisch mit dem Thema Überwachung auseinandersetzen und dabei als Ziel die Einstellung aller an der Universität durchgeführten Überwachungsmaßnahmen verfolgen.

03. Soziale Ungleichheit

Soziale Ungleichheit ist ein Phänomen, welches uns alle betrifft; und zwar nicht nur weil es ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, sondern weil es am Beispiel der Universität ganz besonders deutlich zu Tage tritt. Der Zugang oder auch der Verlauf und der Abschluss des Studiums sind stark beeinflusst von Merkmalen wie Geschlecht, körperlicher Einschränkung, Migrationshintergrund, familiärem Hintergrund oder auch regionaler Herkunft. Dass diese objektiv wertfreien Unterschiede zu ungleichen Möglichkeiten führen,

hat verschiedene Gründe wie z.B. Diskriminierung oder ungleiche Kapitalverteilung. Um keinen falschen Eindruck zu erwecken soll an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass es keinesfalls unser Anspruch ist, eine breitere Masse von Menschen für das kapitalistische System verwertbarer zu machen, auch wenn dieses ein Nebeneffekt sein kann. Das Individuum steht bei uns im Vordergrund und soll den Sachzwang überwiegen. Weiterhin sollte der Kapitalbegriff nicht nur auf Ökonomie reduziert werden, sondern auch in seinen sozialen und kulturellen Dimensionen beleuchtet werden. Um eine bessere Übersicht über einige Ausprägungen sozialer bzw. Kapitalungleichheiten zu bekommen sollen hier einige angerissen werden, um zu zeigen, was wir als Kollektiv zu überwinden anstreben.

Menschen mit körperlichen Einschränkungen

Was für den Großteil aller Studierenden an der LUH selbstverständlich erscheint, erweist sich für einige Personen als unüberwindbares Hindernis, oder zumindest als zusätzliche Hürde im universitären Alltag. Lange Zeit sind Menschen, wie beispielsweise Rollifahrer_innen, als Menschen betrachtet worden, die durch eine Behinderung eingeschränkt werden. Diese Betrachtung hat sich heute dahingehend verändert, dass nicht das Individuum das „Problem“ ist, sondern dass die restliche Gesellschaft Barrieren aufgebaut hat, welche diese Personengruppe ausschließen. Der Begriff Barrierefreiheit bezog sich ursprünglich ausschließlich auf räumliche Aspekte, wie Zugangsmöglichkeiten zu unterschiedlichsten Räumlichkeiten eines Gebäudes, hat sich allerdings inzwischen ebenfalls weiterentwickelt. Um wieder den Bezug zur Universität herzustellen, muss es sich bei einer Barriere nicht nur um räumliche Zugangsschwierigkeiten handeln. Zwar gibt es Härtefallregelungen, doch die prinzipielle Ausgrenzung von Menschen mit körperlichen Einschränkungen durch beispielsweise Prüfungsordnungen, welche oft sehr unflexibel sind, kann bereits ebenfalls als Barriere angesehen werden. Der Abbau solcher Barrieren sollte das erklärte Ziel der Universitätsleitung sein, aber einen guten Willen zu zeigen sollte uns, der Verfassten Studierendenschaft, nicht genügen. Daher soll die konkrete Umsetzung wichtiger Bestandteil des Sozialreferats, aber auch des gesamten Kollektives sein.

Rassismus und ausländische Studierende

Rassismus ist ein weit verbreitetes und zumindest in vielen Köpfen latent vorhandenes Alltagsproblem. Die Abwertung von Menschen aufgrund ihrer Ethnie oder Herkunft ist auch

heute noch sehr präsent und keinesfalls durch Überwindung historischer Phasen, wie z.B. das Nazi-Regime oder die Willkür gegenüber Schwarzen in den USA, vollständig überwunden worden. Gerade die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, dass rassistische und sozialdarwinistische Literatur wie „Deutschland schafft sich ab“ viele Sympathisant_innen findet. Rassismus ist also nicht verschwunden, er hat sich nur teilweise gewandelt. Der Islam, welcher heute nicht nur eine Religion ist, sondern auch häufig mit den arabischen Nationen als kultureller Raum gleichgesetzt wird, ist heute das neue Stigma für eine zurückgebliebene, aggressive und antidemokratische Gesellschaft, während die Mudschaheddin zu Zeiten des Kalten Krieges noch gefeiert wurden, als sie mit gleichen Methoden, durch die USA gefördert, gegen die UdSSR vorgingen. Rassistische Feindbilder sind also sehr wandelbar und daher schwierig zu überwinden. Es gilt daher stets wachsam zu sein und sie zu bekämpfen, wo immer sie auftreten. Wir setzen uns für einen ständigen Dialog mit ausländischen Studierenden ein, um ihnen ein Studium zu ermöglichen, wie es für privilegiere Gruppen stattfindet. Wir setzen uns gegen Assimilationsgedanken ein, die die Eingliederung in eine festgelegte Leitkultur fordern und wir werden keinen Rassismus oder Faschismus an unserer Hochschule dulden!

Geschlecht

Es ist noch immer ein in der Gesellschaft tief verwurzelter Glaube, dass mit einem biologischen Geschlecht bzw. sexueller Orientierung bestimmte Eigenschaften verknüpft sind. Wer allerdings Geschlechterrollen kritisch hinterfragt, kann feststellen, dass sie, zumindest zum Großteil, sozial konstruiert sind. Geschlecht entsteht durch die Reproduktion von Werten und Normen in der frühkindlichen Erziehung und im weiteren Sozialisationsprozess: Jungen spielen mit Autos, Mädchen spielen mit Puppen. Diese, in den meisten familiären Fällen, klare Rollenverteilung von Kindern ist noch immer Hauptursache für Geschlechterklischees und Vorurteile und ist keinesfalls ein Problem welches ausschließlich bei Menschen mit konservativer Einstellung auftritt. Die Zuordnung von Rollen bzw. der Zwang der Zuordnung zu einem Geschlecht, stärkt dabei die hegemoniale Männlichkeit, die unsere Gesellschaft auch heute noch immer prägt, d.h. ein heterosexueller weißer Mann hat noch immer die besten Chancen in Bereichen wie Beruf oder Politik erfolgreich zu sein.

Es ist uns als Kollektiv ein wichtiges Anliegen Aufklärungsarbeit zu leisten gegen verschiedene Ausprägungen von Diskriminierung wie Sexismus oder Homophobie, ganz besonders vor dem Hintergrund der Abschaffung der Gender Studies an der LUH, welche

es Studierenden ermöglicht hatte im Rahmen universitärer Lehrveranstaltungen dieses Thema zu behandeln. Auch wenn diese wohl nicht durch unsere Arbeit zu kompensieren ist, werden wir dennoch versuchen einen möglichst umfangreichen Ausgleich zu schaffen.

Studiengebühren

Ein themenübergreifender, uns sehr wichtiger Punkt liegt bei der durch Studiengebühren betriebenen Distinktion von Seiten der niedersächsischen Landesregierung. Wie hoffentlich durch die vorangegangenen Teilaspekte sozialer Ungleichheit deutlich geworden, sind die Ausschließungs- und Diskriminierungsarten vielfältig. Bei einem Vergleich wird aber deutlich, dass die benötigte Anstrengung für die Überwindung solcher Barrieren sich stark voneinander unterscheiden. Für ein Arbeiter_innenkind, welches durch seinen familiären Hintergrund mit großer Wahrscheinlichkeit eine wesentlich geringere kulturelle Kapitalmenge aufweist als eines, dessen Eltern einen Hochschulabschluss besitzen, kann dieser Nachteil nur sehr schwer ausgeglichen werden. Die zusätzliche finanzielle Komponente, welche hierbei noch hinzukommt, und womöglich in einigen Fällen auch die Entscheidung über die Studienmöglichkeit gefällt hat, wäre da schon wesentlich leichter zu überwinden. Natürlich ist Geld, als Sinnbild für ökonomisches Kapital, nicht der einzige Grund, der Menschen davon abhält ein Studium zu beginnen, aber eine Gebühr abzuschaffen sollte im Normalfall immer leichter sein als Teile individueller Sozialisationsprozesse aufzuheben. Darüber hinaus zeigt der Löwenanteil der Bundesländer, dass ein universitärer Betrieb ohne sie durchaus möglich ist. Warum also eine überflüssige Barriere aufrecht erhalten?

Die Liste der genauer beschriebenen Ausprägungen von Diskriminierung ließe sich noch weiter fortsetzen. Uns ist es allerdings wichtig zu sagen, dass Diskriminierung, egal auf welcher Ebene, für uns inakzeptabel ist. Daher ist es unser Anspruch der Abwertung unterschiedlichster Eigenschaften an der Universität, und darüber hinaus, keinen Platz einzuräumen und ihr auch durch Bündnisarbeit entschieden entgegenzutreten. Niemand darf aufgrund des Geschlechtes, der Herkunft oder körperlichen Physis Benachteiligung erfahren. Wir wollen uns solidarisch mit all den Menschen zeigen, die in unserer Gesellschaft diskriminiert werden!

04. Studiengebühren

Was machen Studiengebühren mit uns?

Das Thema Studiengebühren ist für uns ein wichtiges Aktionsfeld innerhalb der Verfassten Studierendenschaft. Sie sorgen dafür, dass wir einem oder mehreren Nebenjobs nachgehen müssen, dass die individuellen BAföG-Sätze nicht ausreichen und dass wir aus diesem Grund möglichst in der Regelstudienzeit mit unserem Studium durch sein müssen, da wir sonst aus Kostengründen unser Studium nicht zu Ende führen können. Doch es ist nicht selbstverständlich, trotz Hochschulzugangsberechtigung ein Studium zu beginnen, denn Studiengebühren halten viele Menschen davon ab, sich überhaupt für ein Studium zu entscheiden. Denn alleine die Vorstellung, sich aufgrund der Studiengebühren hoch verschulden zu müssen, hält viele Menschen von einem Studium ab. Dies sind nur die offensichtlichen Gründe, wie Studiengebühren unser Leben mitbestimmen und die Liste ließe sich noch weiter fortsetzen. Mittlerweile sind Niedersachsen und Bayern die letzten Bundesländer, in denen sich die Institution der Studiengebühren bis heute gehalten hat. Sie werden einen wichtigen Teil der bildungspolitischen Debatte im kommenden Landtagswahlkampf darstellen und es liegt auch an uns diese Debatte im Sinne der Studierenden mitzugestalten. Was wir fordern ist also klar: Abschaffung der Studiengebühren! Doch aus welchen Gründen und mit welchen Argumenten stellen wir diese Forderung auf?

Welche Funktion haben Studiengebühren?

Um sich zum Thema Studiengebühren eine Meinung zu bilden, muss man sich zunächst ihre Bedeutung und Funktion in dem kapitalistischen Verwertungsprozess verdeutlichen, eine Betrachtung von Studiengebühren als Boshaftigkeit der Politik reicht nicht aus. Die Hochschulen im kapitalistischen System haben vor allem zwei Funktionen. Zum einen sollen sie alle Studierenden in bestimmte Fachrichtungen ausbilden und zum anderen sollen sie möglichst nützliches und verwertbares Wissen produzieren. So weit, so schön, doch was heißt das in der Realität? Es bedeutet, dass sich an den Hochschulen zwei, von einander getrennte, Sphären finden lassen: Zum einen Forschung und zum anderen Lehre. Beide sind jedoch den gleichen kapitalistischen Verwertungsprozessen ausgesetzt, was meint, dass sich beides „lohnen“ muss. Im Bereich der Forschung stellt es sich so dar, dass an den Hochschulen in erster Linie die Forschung betrieben wird, welche für einzelne Unternehmen nicht rentabel erscheint. Nicht rentabel insofern, als dass häufig nicht im

Vorhinein geklärt ist, ob die zu betreibende Forschung zu einem befriedigenden Ergebnis führt und ob sie wirklich dem betreffenden Unternehmen einen Vorteil in der Konkurrenz des Marktes zusichert. Forschung an staatlichen Hochschulen erscheint da deutlich sicherer und rentabler. Damit diese Forschung an staatlichen Hochschulen auch in ausreichendem Maße betrieben werden kann, wird sie in großem Stil von privaten Unternehmen subventioniert. Anders ist es da im Bereich der Bildung. Zwar bilden auch Privatunternehmen Menschen zu Fachkräften für ihr Unternehmen aus, doch ist es bei den Menschen noch schlimmer als bei durch Forschung produziertem Wissen: Sie sind keine sicheren Investitionen. Eine fachliche Ausbildung kostet ungemein viel Geld und am Ende steht das Risiko, dass sich die Fachkräfte nach Abschluss ihrer Ausbildung doch für das Konkurrenzunternehmen entscheiden. Also ist die Bildung ebenso in großem Maße Aufgabe von staatlichen Hochschulen. Doch warum nimmt der Staat es auf sich, eine teure Ausbildung oder Forschung mitzufinanzieren? An dieser Stelle kommt die Standortpolitik für den „Standort Deutschland“ ins Spiel. Den Unternehmen ist dieser Standort erst einmal herzlich egal. Sie suchen nach günstigen Möglichkeiten, ihre Ware zu produzieren und nach möglichst billig und gut ausgebildeten Arbeitskräften. In den letzten Jahren hat sich dabei das Bild verändert, was als „gut ausgebildet“ zu gelten hat. War es in früheren Jahren der Anspruch, die Studierenden relativ breit und umfangreich auszubilden, da sie somit auf dem Arbeitsmarkt auch flexibler verwendbar waren, hatte sich in den letzten Jahren der Bologna-Reformen ein Konzept durchgesetzt, das den Anspruch hat, Studierende schnellstmöglich durch die Universität zu schleusen und sie deshalb nur noch spezialisiert ausbilden zu können. Dadurch, und durch die Einführung von Studiengebühren, sollten in erster Linie Kosten gespart werden. Die Verkürzung der Schulzeit auf zwölf Regeljahre geht dabei in dieselbe Richtung. Arbeitskräfte sollen somit schneller für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Warum gegen Studiengebühren?

Doch warum wollen wir jetzt die Studiengebühren abschaffen? Sind wir der Meinung, dass wir durch unsere komprimierte Unizeit nicht optimal auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes vorbereitet werden? Sind wir der Meinung, dass durch die Studiengebühren der Unistandort Hannover beeinträchtigt ist? Sind wir der Meinung, dass Bildung unabhängig von kapitalistischen Produktionsprozessen stattfinden sollte? Alle diese Fragen lassen sich bejahen, doch sind sie nicht die Triebfeder unseres Engagements gegen Studiengebühren. Denn durch die Studiengebühren verfestigt sich

nur eine Entwicklung, die soziale Ungleichheiten verschärft. Ebenso wie die Verkürzung der Schulzeit oder die Aufteilung der Schüler_innen nach bereits vier Jahren Grundschule. Dies ist eine Entwicklung, der es entgegenzutreten gilt! Bei dieser Forderung wollen wir jedoch nicht stehen bleiben, denn selbst mit einer angenommenen Chancengleichheit aller Menschen auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt wäre noch nicht viel gewonnen. Das Grundproblem liegt in dem System, das solche Ungleichheiten aufrecht erhält und für die beinharte Konkurrenz auf dem Arbeits- und Bildungsmarkt sorgt. Denn sowohl die Ausgrenzung von Kindern ökonomisch schwacher Familien aus dem höheren Bildungsprozess, als auch die Konkurrenz unter Kommiliton_innen, die manche dazu veranlasst Bücher in der Bibliothek zu schwärzen, um sich einen Lernvorteil zu verschaffen, sind zwei Seiten der selben Medaille. Aus diesem Grund begrüßen wir die Entscheidung der Studentischen Vollversammlung vom 23.11.2011, welche die perspektivische Überwindung des kapitalistischen Systems als Ziel ausgegeben hat.

Wie soll die Praxis aussehen?

Wir stellen uns eine Praxis vor, in der wir sowohl Menschen helfen, welche durch finanzielle oder andere Schwierigkeiten besonders stark von Studiengebühren betroffen sind, als auch ganz konkret eine Initiative gegen Studiengebühren in Niedersachsen zu unterstützen. Die direkte Hilfe schlägt sich beispielsweise in den AStA-Darlehen nieder, in der BAföG- und Sozialberatung des AStAs, den Mensa-Freitischen, oder auch in den Beratungs- und Hilfsangeboten für (ausländische) Studierende. Gerade durch die Landtagswahl ergeben sich innerhalb des nächsten Jahres viele Möglichkeiten der direkten Intervention im Themenfeld der Studiengebühren. Um auch konkret gegen Studiengebühren arbeiten zu können, planen wir zusammen mit den ASten der LAK (LandesAStenkonferenz) einen Aktionsfahrplan gegen Studiengebühren vorzubringen. An dieser Stelle lassen sich auch die einzelnen Fachschaften und hochschulpolitischen Gruppen miteinbeziehen. Um Druck auf die Politik auszuüben, planen wir ebenfalls direkte Aktionen, wie zum Beispiel eine Demonstration gegen die Bildungspolitik des Landes. Doch auch im Unialltag wollen wir aktiv werden. Solange viele Studierende aufgrund der Studiengebühren gezwungen sind einen oder mehrere Nebenjobs auszuüben, wollen wir dafür sorgen, dass Maßnahmen, welche die Studienbedingungen weiter verschärfen, abgeschafft werden. Unter anderem aus diesem Grund unterstützen wir auch die „Listen-Klau-Kampagne“, welche auf die Abschaffung der Anwesenheitslisten in Vorlesungen und

Seminaren abzielt. Wir hoffen, für alle geplanten Aktionen möglichst breite Bündnisse zu initiieren und viele Studierende mit ins Boot zu holen und zu mobilisieren.

05. Sachbearbeiter_innen-Stellen

Sachbearbeiter_innen-Stellen sind ein wichtiger Bestandteil der AStA-Arbeit. Sie unterstützen uns Referent_innen bei der Ausführung der Aufgaben und bilden neben der Anwesenheit der Reffis während der Öffnungszeiten die Stütze für die Arbeit des AStAs.

Um das Serviceangebot des AStAs noch weiter ausbauen zu können, möchten wir die Öffnungszeiten des AStAs erweitern, um vier Stunden mehr pro Woche im Theodor-Lessing-Haus ansprechbar zu sein. Dafür ist es nötig, eine weitere kleine Geschäftszimmerdienststelle einzurichten. Des Weiteren wollen wir die SB-Stelle Darlehensbearbeitung schaffen, die sich ausschließlich um die Bearbeitung und Abwicklung bestehender Darlehen kümmert.

Sachbearbeiter_innen-Stellen	Stellen
AStA-Druckerei	1
Systemadministration	1
Antifaschismus	1
Servicebüro	2,5
Frauen- und Geschlechterpolitik	1
BAföG- und Sozialberatung	6,5
Kreative Kurse	0,5
Layout	1
Geschäftszimmerdienst	4,5
Darlehensbearbeitung	2
Distribution	0,5
Archiv	0,5
Medien	0,5
Antirassismus	0,5
Teilhabe	1
Schwulenpolitik	1

Durch die in der Tabelle genannten Stellen ist es möglich ein breites Spektrum an Beratungs- und Hilfsangeboten bei vielen Fragestellungen zu bieten, welches ohne die SB-Stellen, insbesondere BAföG- und Sozialberatung, nicht zu realisieren wäre.

Außerdem unterstützen uns die SB-Stellen bei der Planung und Durchführung von inhaltlichen Veranstaltungen.

Grundsätzlich streben wir eine engere Zusammenarbeit mit den Sachbearbeiter_innen an. Hierzu wollen wir regelmäßige Treffen veranstalten, die eine bessere Gruppendynamik innerhalb der SB-Stellen, aber auch mit den Referent_innen, und ein angenehmes Arbeitsklima erzeugen und dem Informationsaustausch dienen sollen. Ähnlich wie bei den Referatsstellen soll die Arbeit sich nicht allein auf den expliziten Aufgabenbereich beschränken, sondern in Zusammenarbeit mit anderen Reffis, bzw. Sachbearbeiter_innen Gemeinschaftsprojekte oder -aktionen voranzutreiben.

06. Bewerbung für das Referat Finanzen

Liebe Kommilitonen und Kommilitoninnen,
liebe StuRa-Mitglieder,

Hiermit bewerbe ich mich auf das Referat Finanzen. Zu meiner Person: Ich heiße Britta, bin 21 Jahre alt und studiere im 4. Semester den Bachelorstudiengang Sozialwissenschaften. Ich bin aktives Mitglied der Basisdemokratischen Fachschaft Sozialwissenschaften und bin für diese im letzten Jahr als Vertreterin im Fachschaftsrat der Philosophischen Fakultät sowie im Studentischen Rat und auf Institutsebene tätig gewesen. Auch in diesem Jahr bin ich wieder als Vertreterin der Fachschaft in den Studentischen Rat gewählt worden.

Schon in der vorausgegangenen Legislaturperiode war ich im AStA als Referentin für Fachschaften und Hochschulpolitik Innen tätig. Diese Arbeit, insbesondere mit den Fachräten zusammen, hat mir sehr viel Spaß gemacht, sodass ich gerne noch ein weiteres Jahr im AStA verbringen möchte. Gleichzeitig habe ich aber auch festgestellt, dass mir in der Arbeit im Referat Fachschaften und Hochschulpolitik Innen eine feste Arbeitsstruktur fehlt, die mir die Möglichkeit einer weiterreichenden Planung im privaten bzw. universitären Leben gibt. Da ich schon im letzten Jahr angefangen habe, den Finanzreferenten in der Aufarbeitung der Teilautorechnungen zu unterstützen und in der Ausführung eines Haushalts eine neue Herausforderung sehe, habe ich mich dazu entschieden, mich auf dieses Referat zu bewerben.

Im Rahmen des alten AStA-Kollektivs habe ich bereits begonnen, mich mit den Aufgaben des Finanzreferats vertraut zu machen. Zusammen mit Fabian, dem Finanzreferenten des letzten Jahres, habe ich den Haushaltsentwurf für 2012/13 aufgestellt und so einen großen Einblick in die Hauptaufgabe des Finanzreferats gewonnen. Ich möchte weiterhin monatlich den Stand des Haushalts festzuhalten, um transparent die Vermögensverhältnisse der Verfassten Studierendenschaft darstellen zu können.

Zudem möchte ich natürlich auch in Sachen Finanzen Ansprechpartnerin für die Fach(schafts)räte sein. Zu den Aufgaben des Finanzreferats gehört hierbei, die Fach(schafts)ratsgelder zu verteilen (entlang der Studierendenzahlen der einzelnen Fächer) und die Fachratskassen zu prüfen. Dies möchte ich – auch in der Hoffnung, den Kontakt zu den Fach(schafts)räten nicht gänzlich zu verlieren – gerne und sorgfältig weiter ausführen. Auch die Bearbeitung der Teilautoabrechnungen möchte ich im kommenden Jahr als Finanzreferentin aufrechterhalten und darüber hinaus die Verhandlungen mit den Bahngesellschaften für das Semesterticket abwickeln.

Mir ist die rechtliche, aber auch moralische Verantwortung gegenüber der Studierendenschaft, die mit diesem Referat einhergeht, bewusst und ich sehe mich in der Lage, dieser nachzukommen. Aber ich möchte mich auch über das Referat hinaus zusätzlich aktiv in die Hochschulpolitik und AStA-Arbeit einbringen. Mein Wunsch ist es, eng mit den anderen Referent_innen zusammenzuarbeiten und diese zu unterstützen. Außerdem möchte ich gerne an größeren Projekten wie beispielsweise dem Festival contre le Racisme oder der ErSie-Woche aktiv mitwirken.

Ich würde mich freuen, mich noch ein weiteres Jahr im AStA engagieren zu dürfen und mit den oben genannten Aufgaben betraut zu werden.

07. Bewerbung für das Referat Kasse

Liebe Kommilitoninnen, liebe Kommilitonen,
liebe Mitglieder des Studentischen Rates,

hiermit bewerbe ich mich für das Referat Kasse des AStA 2012/2013 der Leibniz Universität Hannover. Mein Name ist Kai, ich bin 23 Jahre alt und studiere im sechsten Semester den Bachelorstudiengang Produktion und Logistik.

Die Kasse ist die Zahlungsstelle der Verfassten Studierendenschaft. Hier wird der komplette Zahlungsverkehr der Studierendenschaft der Leibniz Universität Hannover abgewickelt.

Zu meinen Aufgaben zählen die Auszahlung bzw. die Überweisung von Geldern beispielsweise die AStA-Darlehen, bewilligte Finanzanträge, Fachschaftsgelder, Rückerstattungsbeiträge des Semestertickets sowie jegliche Rechnungen des AStAs. Außerdem fällt in den Aufgabenbereich die monatliche Zahlung von Aufwandsentschädigungen für die Referent_innen, Senator_innen, SB-Stellen sowie Schriftführer_in des StuRa. Des Weiteren muss sich um Geldanlagen, Sparbücher und Termingelder und dessen Abläufe gekümmert werden.

Ich möchte weiterhin eine gute Erreichbarkeit ermöglichen und werde mindestens zwei Sprechstunden in der Woche anbieten. Dies ist mir wichtig, um für viele Studierende ansprechbar zu sein und Hilfe zu ermöglichen. Außerdem möchte ich lange Wartezeiten verhindern und einen schnellen Ablauf der Angelegenheiten anstreben. Des Weiteren möchte ich dadurch versuchen einen sensibleren Umgang mit dem Individuum zu erreichen und ein Stück Menschlichkeit in diesem universitären System, in der eine Person heutzutage nicht mehr als nur eine Nummer darstellt, zurückbringen.

Die Tätigkeit als Kassenreferent und die damit verbundene Verwaltungsarbeit lässt sich gut in dem dafür gegebenen Zeitrahmen bewältigen. Dies bietet Spielraum, um eigene Ideen für Projekte mit einzubringen, andere AStA-Referent_innen zu unterstützen und Kollektivaufgaben zu übernehmen.

Ich verstehe die Arbeit im AStA als die eines Kollektivs, welches nur funktioniert, wenn eine ständige Kommunikation stattfindet und gemeinsame Projekte in die Wege geleitet werden können. Hier wären beispielsweise die Organisation der ErSie-Woche oder die der Uni-Wahlen zu nennen, welche meiner Meinung nach nicht ohne ein funktionierendes Kollektiv durchzuführen wären.

08. Bewerbung für das Referat Politische Bildung und Bündnisarbeit

Liebe Studierende,

Liebe Mitglieder des Studentischen Rates,

hiermit bewerbe ich mich als Referent für Politische Bildung und Bündnispolitik im nächsten AStA der Universität Hannover. Mein Name ist Patrick, ich bin 24 Jahre alt und studiere im achten Semester Geschichte und evangelische Theologie im Fächerübergreifenden Bachelor. Ich habe bereits Erfahrungen im AStA als Sachbearbeiter der Geschäftszimmerdienst-Stelle im derzeit noch amtierenden AStA gemacht.

Warum Politische Bildung/Bündnispolitik?

Im Zuge der Landtagswahlen Anfang nächsten Jahres wird sich die wohl vorerst letzte Möglichkeit bieten, das Thema Studiengebühren in Niedersachsen kritisch in die Öffentlichkeit zu bringen und konstruktiv auf die Abschaffung von Studiengebühren hinarbeiten. Dies kann nur in Bündnissen mit anderen Hochschulgruppen und Studierendenvertretungen anderer Universitäten realisiert werden. Um jedoch auch eine inhaltliche Unterfütterung der Thematik zu gewährleisten, soll das Referat eine Scharnier-Funktion zwischen Bündnisarbeit und politischer Bildung darstellen.

Die Ökonomisierung der Hochschulen ist nämlich kein Phänomen, was sich lediglich mit eingeschränktem Blick auf die Universitäten begreifen ließe. Die Hochschulen sind vielmehr Teil eines kapitalistischen Bildungs- und Wissenschaftssystems, welches nach einer immer höheren Produktivität strebt. Die Einführung von Studiengebühren und die Reformen im Zuge des Bologna-Prozesses belegen dies. Die Zustände an der Universität müssen also in einem größeren Rahmen gesehen werden, um sie tatsächlich verändern zu können. Doch es gibt nicht nur äußere Umstände, die auf die Hochschulen einwirken, die Zustände an den Hochschulen nehmen auch Einfluss auf die Gesellschaft. Durch die Einführung von Studiengebühren beispielsweise wurde, in einer langen Linie von Hürden,

eine weitere Barriere geschaffen, die dafür sorgt, dass sich soziale Ungleichheiten in unserer Gesellschaft verfestigen. Der AStA der Universität Hannover, sowie die gesamte Studierendenschaft, sollten sich demnach nicht darauf beschränken, ihr eigenes Nest etwas gemütlicher zu gestalten oder sich im akademischen Elfenbeinturm verstecken, sondern sich stattdessen als gesamtgesellschaftlicher Akteur verstehen, welcher Einfluss auf öffentliche Diskurse nehmen und dort intervenieren kann.

Konkrete Projekte:

Wie oben bereits angedeutet, möchten wir als AStA-Kollektiv und insbesondere ich als Referent für Bündnisarbeit die Vernetzung mit der LAK dazu nutzen, ein Niedersachsenweites studentisches Bündnis gegen Studiengebühren voranzubringen. Darüber hinaus halte ich es für unablässig, dass sich nicht nur gewählte studentische Vertreter_innen mit diesem Thema befassen, sondern eine stärkere Auseinandersetzung mit dieser Thematik in der gesamten Studierendenschaft zu fördern. Aus diesem Grund plane ich in Zusammenarbeit mit dem Referenten für Fachschaften und HoPo, Bastian und dem Referenten für Soziales, Matthias, eine Kampagne an der Uni unter dem Motto „Barrierefreiheit“.

Da nicht nur an unserer Universität kritisches Denken zunehmend eingeschränkt wird, sondern gerade in Zeiten vermehrt auftretender Wirtschaftskrisen, auch global als Problem angesehen wird, möchte ich in Zusammenarbeit mit dem bisherigen AStA-Referenten für Politische Bildung/Kultur, Nils, im Mai eine Veranstaltungsreihe zu dem Thema „Aufstände und Aufstandsbekämpfung in der Krise“ durchführen. Ebenfalls weiterführen möchte ich die Planung und Ausführung des im Juni stattfindenden „festival contre le racisme“, welches sich in den letzten Jahren stetig weiterentwickelt und etabliert hat und welches dieses Jahr neben dem Konzert und der Veranstaltungswoche auch eine Demonstration in Kooperation mit dem Flüchtlingsrat Niedersachsen für die Rechte von Flüchtlingen beinhalten wird. Das Festival, die angeschlossene Veranstaltungswoche und die Demonstration bieten für Studierende die Möglichkeiten des interkulturellen und interdisziplinären Austausches mit direkt von rassistischen Strukturen betroffenen Menschen und ermöglicht ebenso die Reflexion der eigenen Position innerhalb dieser Gesellschaft. Die Planungen für das Festival im nächsten Jahr würde ich selbstverständlich auch als meine Aufgaben verstehen. Einen weiteren Schwerpunkt meiner Arbeit soll die Erstsemesterveranstaltungsreihe im Oktober und November

darstellen. An den Erfolg der letzten beiden Jahre möchte ich anknüpfen und erneut hochschulpolitischen Gruppen und Basisinitiativen die Möglichkeit geben, aktuelle politische Themen aufzugreifen oder auch ein kritisches Licht auf reaktionäre Ideologien im Allgemeinen zu werfen. Darüber hinaus möchte ich besonders auch in den ErSie-Tagen die Wichtigkeit von (studentischer) Selbstbestimmung den Erstsemester-Studierenden nahebringen, um ihnen direkt Alternativen zum Dienstleistungsdenken an den Uni-Alltag aufzuzeigen.

Ich möchte außerdem die Möglichkeit einer Zivilklausel, wie sie an manchen anderen Universitäten existiert, prüfen und diskutieren, mit dem Ziel, Rüstungsforschung an unserer Universität öffentlich zu machen und einzuschränken. Da das Thema auch auf der Agenda der letzten studentischen Vollversammlung stand, möchte ich ebenfalls interessierten Einzelpersonen und Gruppen den Raum bieten, sich über die Thematik auszutauschen und ggf. zu einem Runden Tisch mit Universitätsvertreter_innen und Personalräten einladen.

Spätestens mit den Morden der neonazistischen Gruppierung um Beate Zschäpe sollten zwei Dinge deutlich geworden sein: Erstens die jahrelange Verharmlosung neonazistischer Gewalt und zweitens das Versagen des Verfassungsschutzes. Um auch zukünftig gegen neonazistische Gewalt zu arbeiten, möchte ich sowohl als AStA-Vertretung dem hannoverschen „Bündnis gegen rechts“, einem Bündnis bestehend aus Parteien, Gewerkschaften und antifaschistischen Initiativen, beiwohnen, als auch Initiativen gegen lokale Neonazi-Aufmärsche, wie zum Beispiel jährlich in Bad Nenndorf, unterstützen. Unsere Universität ist darüber hinaus kein Ort frei von Neonazi-Aktivitäten. So gibt es eine NPD-Hochschulgruppe und im Internet wurden bereits braune Besuche im AStA angekündigt. Wir lassen uns davon jedoch nicht einschüchtern und können nur immer wieder die Wichtigkeit von antifaschistischem Engagement herausstellen. Weiterhin möchte ich die desaströse Verstrickung des Verfassungsschutzes in die oben erwähnten Neonazi-Morde weiter verfolgen und das bereits bestehende, vom bisherigen AStA initiierte Bündnis hierzu weiter begleiten.

Nicht ausschließen möchte ich, dass sich aus tagespolitischen Themen und der breiten Bündnisarbeit noch weitere Veranstaltungsreihen und Partizipationsmöglichkeiten für

Studierende und Interessierte ergeben. Ich bin auch gerne bereit, Ideen und Anregungen von Studierenden aufzunehmen und gemeinsam umzusetzen.

Zum Schluss ist es mir noch ein Anliegen zu betonen, dass ich die Arbeit im AStA als die eines Kollektivs verstehe, in welchem ein reger Austausch stattfindet und viele gemeinsame Projekte in Angriff genommen werden können. Gerade Projekte wie die Organisation der Uni-Wahlen, der studentischen Vollversammlungen, der AStA-Party und viele weitere können meiner Meinung nach nur in einem funktionierenden Kollektiv bewältigt werden.

09. Bewerbung für das Referat Soziales

Liebe Studierende,
liebe Mitglieder des studentischen Rates,

Mein Name ist Matthias, ich bin 23 Jahre alt und studiere im 4ten Semester den Bachelorstudiengang Sozialwissenschaften. Mit diesem Schreiben bewerbe ich mich auf das Referat „Soziales“ für die AStA-Legislatur 2012/2013.

Meine hochschulpolitischen Erfahrungen liegen bislang in der Fachschaftsarbeit und institutsinternen Gremien. Die Basisdemokratische Fachschaft Sozialwissenschaften werde ich in der kommenden Legislaturperiode zusätzlich im Fakultätsfachschaftsrat vertreten.

Meine Motivation mich zusätzlich auch im AStA zu engagieren findet sich weiter vorne in unserem Arbeitsprogramm: Die sozialen Ungleichheiten innerhalb unserer Gesellschaft sind ein für mich inakzeptables Problem. Ich möchte dieses Referat nutzen, um alle Menschen zu unterstützen, die Benachteiligungen erfahren; ob innerhalb der Universitätsstrukturen oder darüber hinaus. Um dieses realisieren zu können, soll es zum einen zwei Sprechstunden pro Woche geben, um den verschiedensten Problemen Gehör schenken zu können. Auf Basis dieser konkreten Fälle sollen dann Projekte entstehen um darauf Aufmerksam zu machen und zu helfen. Zum anderen möchte ich allerdings nicht nur reagieren, sondern auch agieren.

Ein Aspekt der mir ganz besonders am Herzen liegt ist die Idee eines Fonds für Studierende, die durch die stetig wachsenden Kosten des Semestertickets ein Studium nicht mehr, oder nur noch unter weiter erschwerten Bedingungen, finanzieren können. In

der letzten Sitzung des Studentischen Rates kam sogar die Idee auf einen generellen „Solidaritätsfond“ einzurichten. In welchen konkreten Fällen dieser greifen würde/sollte müsste zunächst genauer ausgearbeitet werden.

Weiterhin strebe ich eine enge Zusammenarbeit mit den beiden Referenten für Fachschaften und HoPo, Bastian, sowie Politische Bildung und Bündnisarbeit, Patrick, an, um gezielt mit aufklärerischer Arbeit und mit weiteren hochschulpolitischen Gruppen so vielen Menschen wie möglich einen Zugang zu Hochschulen zu ermöglichen.

Konkret plane ich in Zusammenarbeit mit den beiden Referenten eine Kampagne an der Uni unter dem Motto „Barrierefreiheit“.

Dabei wollen wir in erster Linie Fachschaften und Hochschulgruppen ansprechen, um mit ihnen zusammen Institutionen und Mechanismen aufzuzeigen und zu bekämpfen, die Menschen ein Studium erschweren oder verunmöglichen. Unser Ziel hierbei ist es, ein Studium zu ermöglichen, welches für alle Menschen offen steht, unabhängig von ihrer (sozialen) Herkunft, ihrer physischen Einschränkungen, oder schlicht des Bankguthabens ihrer Eltern. Uns ist dabei bewusst, dass es sich hierbei um ein sehr breites Themenfeld handelt und man beispielsweise eine physische Barrierefreiheit an der Uni anders erreicht, als die Abschaffung von Studiengebühren. Dennoch sind wir der Meinung, dass uns als Studierende alle Themen etwas angehen, die uns, unseren Kommiliton_innen, oder solchen die es gerne wären, das Studium an unserer Uni Hürden in den Weg stellen. Mit Hilfe von Beratungsangeboten, Veranstaltungsreihen und Workshop-Tagen wollen wir zudem das Verständnis innerhalb der Studierendenschaft schärfen, welche Rolle wir in der gesamtgesellschaftlichen Verwertungslogik haben und warum selbst an unserer Universität kritisches Denken nicht unbedingt gefragt ist, wie man exemplarisch in den letzten Jahren an den Veränderungen des Instituts für Sozialwissenschaften oder der Abschaffung der Fächer „Sozialpsychologie“ und „Gender Studies“ ablesen konnte. Weitere Beispiele dafür sind der Umbau des Seminars für Philosophie, oder die technischen Fächer, in denen häufig die Thematisierung der Auswirkungen von technischen Entwicklungen auf unsere Gesellschaft nicht stattfindet. Vermutlich lassen sich auch an euren Fakultäten und Instituten weitere Belege hierfür finden.

Darüber hinaus möchte ich selbstverständlich auch mit meinen weiteren Mitreferent_innen eng zusammenarbeiten, um auch Projekte realisieren zu können, welche für Einzelpersonen nicht umsetzbar wären.

10. Bewerbung für das Referat Fachschaften und Hochschulpolitik

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen,
liebe Mitglieder des StuRa,

ich bin Bastian, 33 Jahre alt, und studiere an der Uni Hannover Informatik im Bachelorstudiengang im 10. Semester. In den vergangenen drei Semestern habe ich mich im Fachrat Informatik engagiert und dabei verschiedene Aufgaben übernommen.

Für die Legislaturperiode 2012/13 bewerbe ich mich um das Referat Fachschaften und Hochschulpolitik im AStA.

Im Folgenden möchte ich auf einige Punkte eingehen, die mir bei meiner Arbeit als Referent besonders am Herzen liegen würden.

Grundsätzlich möchte ich die Arbeit der Fachschaften unterstützen und die Vernetzung aller hochschulpolitisch aktiven Studierenden stärken. Dazu will ich auf die vorhandenen und etablierten Strukturen im AStA aufbauen und diese sinnvoll erweitern.

Um als Ansprechpartner für die Fachschaften greifbar zu sein, werde ich auch weiterhin eine feste Sprechstunde im AStA anbieten und auf Anfrage natürlich auch darüber hinaus für Termine zur Verfügung stehen.

Besonders wichtig ist mir die Fortführung der Fachschaftenkonferenz, die sich in den vergangenen beiden Semestern etabliert hat, und an der Vertreter_innen diverser Fachschaften teilgenommen haben.

Diejenigen Fachräte, die in der Vergangenheit noch nicht an den Fachschaftenkonferenzen teilgenommen haben, möchte ich, soweit der Wunsch besteht, bei ihren Sitzungen mindestens einmal im Semester besuchen. Insbesondere bei kleineren Fachschaften besteht wohl auch einfach das Problem, dass wenige Mitglieder nicht alle Termine wahrnehmen können.

Damit sich in Zukunft mehr Studierende für Hochschulpolitik interessieren und dann vielleicht auch vermehrt in den Fachschaften mitarbeiten, möchte ich das Projekt „HoPo-Basics“ umsetzen, dessen Beschreibung ihr im Arbeitsprogramm im Abschnitt „Universität als Lebensraum“ findet.

Ein kleineres Projekt, das ich angehen möchte, ist die Erstellung einer Übersicht darüber, mit welchen Mitteln die einzelnen Fachschaften ihre Arbeit koordinieren. Während ich es aus meiner Arbeit im Fachrat Informatik gewohnt bin, dass z.B. eine Mailingliste mit Zugriff für alle Mitglieder, ein internes Forum und ein Wiki existiert, weiß ich auch, dass in anderen Fachschaften teilweise nur eine E-Mail-Adresse existiert, die auch nur von einer Person abgerufen wird, was den Informationsfluss sicherlich stören kann.

Mit der Erstellung einer solchen Übersicht möchte ich Anregungen für die Organisation der Fachschaftsarbeit geben und dabei Möglichkeiten aufzeigen, die sich von allen Studierenden leicht umsetzen lassen.

Gut vorstellen kann ich mir auch, dass im Rahmen von „HoPo-Basics“ ein Workshop zum Thema Organisation der Fachschaftsarbeit stattfindet.

Verstärkt möchte ich als Referent auch das Wiki der Verfassten Studierendenschaft nutzen, um für die Fachschaftsarbeit nützliche Informationen bereitzustellen. Dabei möchte ich die Fachschaften dazu animieren, sich am Erstellen und Aktualisieren von Inhalten im Wiki zu beteiligen.

In regelmäßigen Abständen werde ich einen HoPo-Newsletter für die Fachschaften erstellen und per Mail versenden. Dieser Newsletter soll dazu dienen, hochschulpolitisch relevante Themen zeitnah möglichst breit bekannt zu machen.

Hierzu möchte ich nicht nur selbst Inhalte verfassen, sondern würde mich auch über Berichte anderer Personen und Gruppen freuen. Bereits im Vorfeld meiner Bewerbung habe ich dazu mit den beiden neuen studentischen Senatoren Fritz und Stephan gesprochen, und werde deren Berichte zu ihrer Tätigkeit im Senat auch in den Newsletter integrieren.

Ebenfalls möchte ich Fritz und Stephan wie auch ggf. weitere studentische Vertreter_innen aus anderen Gremien regelmäßig zu den Fachschaftenkonferenzen einladen, um dadurch die Rückkopplung zwischen ihnen und den Fachschaften zu verbessern.

Abschließend möchte ich noch kurz etwas dazu schreiben, dass ich mich zwar allein auf das Referat bewerbe, aber gleichzeitig als Teil eines Kollektivs zur Wahl stehe.

Viele größere Projekte des AStAs hängen davon ab, dass eine Gruppe gemeinsam daran arbeitet, und nicht mehrere Einzelpersonen nebeneinander. Von daher ist mir die Kandidatur im Rahmen dieses Kollektivs persönlich sehr wichtig.

Mit den Referenten für Politische Bildung und Bündnispolitik sowie Soziales, Patrick und Matthias, möchte ich auch gemeinsame Projekte verwirklichen.

11. Bewerbung für das Referat Presse und Öffentlichkeit

Hallo zusammen,

ich bin Julia, 23 Jahre alt, studiere Sozialwissenschaften und bewerbe mich hiermit auf das Referat Presse und Öffentlichkeit.

Das Referat Pre/Öff ist für mich für die Außendarstellung und erste Kommunikationsebene des AStAs. Ich möchte für das AStA-Kollektiv diese Arbeit übernehmen und dabei mehrere Schwerpunkte setzen.

In den letzten Jahren ist der Prozess zu beobachten, dass sich ein großer Teil unseres Lebens immer mehr Online, in Blogs und sozialen Netzwerken abspielt. Auch der Informationsfluss entwickelt sich von den Printmedien weg hin zu Onlineredaktionen. Vor allem Studierende sind in der Altersstruktur, in der das Internet eine unglaublich wichtige Rolle spielt; auch im Rahmen des Studiums. Hier möchte ich gerne ansetzen und die Internetpräsenz des AStAs weiter ausbauen. Dabei geht es nicht nur darum Pressemitteilungen online zu stellen, sondern daran zu wirken, dass sich Studierende über die Möglichkeiten einer Verfassten Studierendenschaft umfassend informieren können. Die Website ist dazu eine Möglichkeit. Die Neugestaltung dieser ist gerade im Entstehen und ich möchte das Projekt unbedingt noch in der ersten Jahreshälfte abschließen. Durch die Prüfung von wichtigen und unwichtigen, überholten und aktuellen Infos für die Homepage wird noch eine arbeitsintensive Phase auf mich zu kommen.

Damit zusammenhängend möchte ich gerne einen Podcast/Videoblog für den AStA wieder ins Rollen bringen, im letzten Jahr hat das durch den Ausfall der Medien-SB leider nicht funktioniert. Ich glaube aber, dass es eine sehr gute und einfache Möglichkeit ist, die Verfasste Studierendenschaft und ihre einzelnen Gremien vorzustellen. Denkbar wäre hier im Zusammenhang mit der Veranstaltungsreihe „HoPo-Basics“ eine Podcast-Reihe zu initiieren, die in einzelnen Episoden die Hochschulgremien vorstellt. Im Anschluss daran könnten Institutionen und Orte an der Universität besucht und vorgestellt werden.

In Rücksprache mit meinem Bewerbungskollektiv haben wir uns dazu entschlossen die KontrAST nur noch einmal pro Semester rauszugeben, sowie Raum für mögliche Sonderausgaben, zum Beispiel zur Erstsemesterzeit, zu lassen. Mit dieser Anpassung reagieren wir auf die Signale, dass viele Studierende es neben dem zeitintensiven Studium nicht mehr schaffen regelmäßig Texte zu schreiben. Die KontrAST-Ausgaben sollen dann (hoffentlich) einen größeren Umfang haben.

Wie gewohnt möchte ich den OrgAST (AStA-Taschenkalender) im Oktober rausbringen.

Als Medium außerhalb der Universität dient vor allem die Pressearbeit. Diese möchte ich in der nächsten Legislatur intensiv fortsetzen. Ich erwarte, durch die Landtagswahlen und die Kampagne gegen Studiengebühren, in diesem Jahr wieder viele Gelegenheiten zu denen Pressearbeit geleistet werden kann und muss.

Ausbauen möchte ich außerdem den AStA-Newsletter, der sich an alle Studierenden richtet und ein niederschwelliges Angebot zur Informationsbeschaffung darstellen soll. Dieser soll ab Mai regelmäßig in der ersten Woche des Monats erscheinen und wichtige Informationen und Terminankündigungen enthalten. Dieser könnte dann auch in der Mensa verteilt werden.

Grundsätzlich habe ich mich bewusst für eine Bewerbung mit diesem Kollektiv entschieden, da ich glaube, dass sich viele AStA-Aufgaben nur gemeinsam bewältigen lassen. Neben meinen Referatsaufgaben bin ich auch immer gerne bereit Beratungs- und Hilfgespräche im AStA zu führen und gemeinsam Projekte, wie die Erstsemesterwochen, Wahlen, die Kampagne gegen Studiengebühren, anzugehen.

Die Arbeit im Kollektiv ist generell ein entscheidender Punkt unseres Arbeitsprogrammes und uns allen persönlich wichtig.